

Offener Brief

An die Mitglieder des Verwaltungsrates des Studentenwerkes Tübingen-Hohenheim

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Verwaltungsrates,

wir wenden uns heute als Mieter des Studentenwerkes Tübingen-Hohenheim an Sie, wohnhaft in dem Haus Neuhalde in der Viktor-Renner-Straße 2 in Tübingen.

Am 24.11.2008 wurden Mieterhöhungsbenachrichtigungen mit Verweis auf die Allgemeinen Mietbedingungen an die Mieter versandt. In diesen Mietbedingungen steht, dass Mieterhöhungen nur zulässig sind, wenn sie ihre Grundlage und Durchführung im ordentlichen beschlossenen Wirtschaftsplan haben.

Soweit wir wissen wurde im Verwaltungsrat des Studentenwerkes am 18. Juli durch den Geschäftsführer des Studentenwerkes Oliver Schill ein Bericht zu den anstehenden Preisanpassungen im Studentenwerk Tübingen-Hohenheim vorgelegt. Diesen nahmen die Mitglieder des Verwaltungsrates zur Kenntnis. In der Verwaltungsratsitzung vom 27.11.2008 wurde der Wirtschaftsplan für das Jahr 2009 beschlossen. In der Vergangenheit war immer eine Erklärung zu eventuell anstehenden Mieterhöhungen Bestandteil des Wirtschaftsplans, auf der aufgeschlüsselt war, welches Wohnheim in welchem Maße durchschnittlich erhöht werden sollte. Inzwischen ist uns bekannt, dass dieser Teil im Wirtschaftsplan 2009 gänzlich fehlt. Von der Mieterhöhung sind nur einige Wohnheime betroffen, dafür wird aber teilweise bei bis zu 1721 Mietern mit unterschiedlichen Zimmern pauschal um acht Euro erhöht. In unserem kürzlich sanierten Gebäude, dem Wohnheim Viktor-Renner-Straße 2 (Neuhalde),

wurde die Miete unabhängig von der Zimmergröße um pauschale 35 Euro pro Zimmer erhöht. Das trifft umso härter, da die neue Miete damit die Hälfte des BaföG-Höchstsatzes pro Monat verschlingt und 35 Euro pro Monat eine erhebliche Mehrbelastung für viele Mitbewohner darstellt.

Da die Mieterhöhungen im Wirtschaftsplan 2009 nicht enthalten sind, fehlt es hier neben einer seriösen Aufschlüsselung aus unserer Sicht auch an den Voraussetzungen, die die Allgemeinen Mietbedingungen festlegen. Nachdem das Studentenwerk die Mieterhöhungsbenachrichtigungen versandt hat, hat sich in unserem Wohnheim erheblicher Widerspruch geregt. In Folge auf die Widersprüche versandte das Studentenwerk gleichklingende Briefe in denen nicht auf die geäußerten Bedenken und auf die aus der Mieterhöhung resultierenden finanziellen Probleme eingegangen wird. Obwohl in den Widersprüchen stets der Abbuchung des neuen Mietzinses widersprochen wurde und die Einzugsermächtigungen auf den alten Mietbetrag beschränkt wurden, hat das Studentenwerk Anfang Januar die Abbuchung des neuen Mietzinses veranlasst.

Wir sind der Meinung, dass die Pauschalität dieser Mieterhöhung um 35 Euro nicht ausreichend begründet ist. Ferner beanstanden wir, dass trotz Widerspruch und fehlender Einzugsermächtigung der neue Mietzins abgebucht worden ist. Wir, die Mieterinnen und Mieter des Wohnheims Neuhalde, möchten Sie daher darum bitten, spätestens jetzt als Verwaltungsrat einzuschreiten und auf den Geschäftsführer des Studentenwerkes einzuwirken, damit die Mieterhöhung erst einmal ausgesetzt und dann noch einmal – und dann seriös dargelegt, vorbereitet, sozial ausgewogen und vernünftig begründet – im Verwaltungsrat diskutiert und beschlossen werden kann. Wir wissen, dass vieles teurer geworden ist, aber warum ein Wohnheim, welches nach der Sanierung als Energiesparhaus bezeichnet wurde plötzlich 35 Euro mehr an Energiekosten haben soll, lässt sich nur schwer nachvollziehen. Auch die Pauschalität halten wir für ungerechtfertigt, da diese in Unabhängigkeit zur jeweiligen Zimmergröße steht. Wir hoffen auf ein Entgegenkommen des Studentenwerkes, da wir uns sonst gezwungen sehen rechtliche Schritte einzuleiten und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

Die Mieterinnen und Mieter des Wohnheims Neuhalde